



## **Generation Zuversicht: Junge Menschen wollen leisten, vorsorgen und Eigentum bilden – fühlen sich von der Politik aber zu wenig gesehen**

**Neue Studie des Verbands der Privaten Bausparkassen: 59 Prozent der 16- bis 24-Jährigen blicken zuversichtlich in die eigene Zukunft – 82 Prozent wünschen sich Wohneigentum – zwei Drittel sorgen sich um ihre finanzielle Sicherheit im Alter**

Berlin, 10. Juni 2026. Die junge Generation in Deutschland blickt trotz Krisen mehrheitlich zuversichtlich in die eigene Zukunft. Sie ist leistungsbereit, politisch interessiert und wünscht sich Sicherheit, Familie, beruflichen Erfolg und Wohneigentum. Zugleich sorgen sich viele junge Menschen um Krieg, politische Überforderung, Altersarmut und bezahlbares Wohnen. Das zeigt die neue Studie „Generation Zuversicht – Wünsche und Zukunftserwartungen der jungen Generation“, die der Verband der Privaten Bausparkassen heute im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „Wortwechsel“ in Berlin vorstellt.

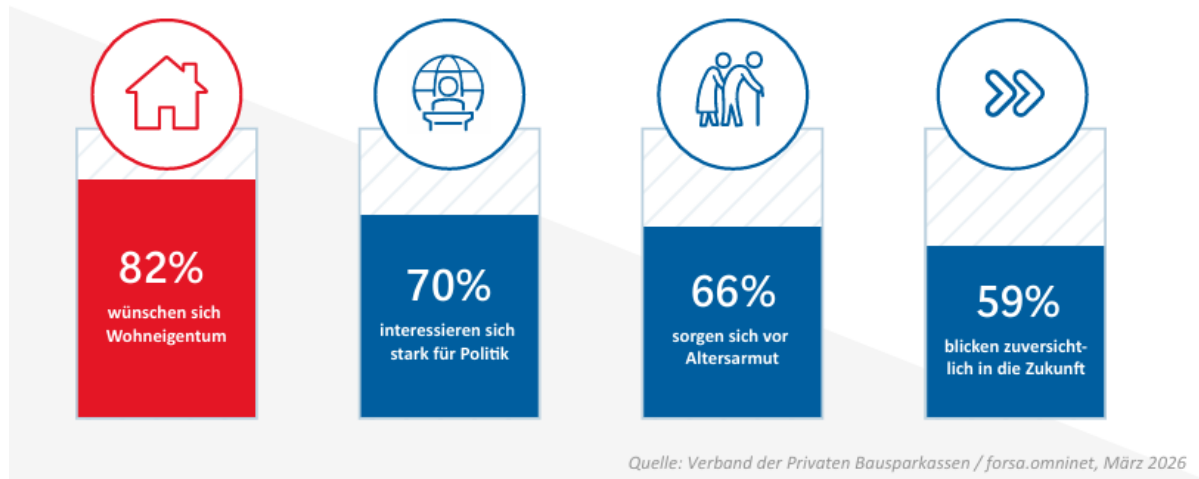
Für die repräsentative Befragung wurden 1.001 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 24 Jahren in Deutschland befragt. 59 Prozent von ihnen blicken mit Zuversicht in die eigene Zukunft. Fast zwei Drittel sind überzeugt, dass Leistung und Anstrengung zu einer besseren persönlichen Zukunft führen können.

„Die junge Generation ist keine No-Future-Generation. Sie will ihr Leben gestalten, Verantwortung übernehmen und glaubt daran, dass sich Anstrengung lohnen kann“, sagt Christian König, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Privaten Bausparkassen. „Diese Zuversicht ist eine große Chance. Sie

bleibt aber nur erhalten, wenn aus Leistung auch echte Perspektiven entstehen: Aufstieg, Sicherheit, Vorsorge und ein selbstbestimmtes Leben.“

## Generation Zuversicht: Was junge Menschen bewegt

Ausgewählte Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der 16- bis 24-Jährigen in Deutschland



Ausgewählte Ergebnisse der Studie „Generation Zuversicht“: 82 Prozent wünschen sich Wohneigentum, 70 Prozent interessieren sich stark für Politik, 66 Prozent sorgen sich vor Altersarmut und 59 Prozent blicken zuversichtlich in die Zukunft.

Gleichzeitig zeigt die Studie ein hohes Maß an Unsicherheit. Zu den größten Sorgen der jungen Menschen zählen die wachsende Kriegsgefahr, die Überforderung der Politik, unsichere Renten, die Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheit und die Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextremismus. Besonders stark ausgeprägt ist die Sorge vor finanzieller Unsicherheit im Alter: Zwei Drittel der Befragten befürchten, dass ihre spätere Rente oder ihre Rücklagen im Alter nicht zum Leben ausreichen werden. Bei jungen Frauen liegt dieser Anteil sogar bei 72 Prozent.

„Die Sorge vor Altersarmut ist bei jungen Menschen längst angekommen“, so König. „Das muss die Politik ernst nehmen. Junge Menschen brauchen verlässliche Möglichkeiten, frühzeitig Vermögen aufzubauen und privat vorzusorgen. Wohneigentum kann dabei ein wichtiger Baustein sein. Wer im Alter mietfrei wohnt, gewinnt finanzielle Sicherheit und Handlungsspielraum.“

Besonders deutlich wird der Wunsch nach Sicherheit und Selbstbestimmung beim Wohnen. 82 Prozent der jungen Menschen möchten in Zukunft im eigenen Zuhause leben. Nur 9 Prozent bevorzugen dauerhaft das Wohnen zur Miete. Als wichtigste Gründe für Wohneigentum nennen die Befragten vor allem Unabhängigkeit, Sicherheit und Gestaltungsfreiheit. Finanzielle Motive wie Kapitalanlage oder Altersvorsorge spielen ebenfalls eine Rolle, stehen aber nicht an erster Stelle.

„Für junge Menschen ist Wohneigentum mehr als ein Anlageobjekt“, sagt König. „Es steht für Unabhängigkeit, Stabilität und persönliche Freiheit. Wenn dieser Wunsch für viele nur noch mit großem Erbe oder erheblicher Unterstützung der Familie erreichbar ist, wird Eigentumsbildung zu einer Frage der Herkunft. Das darf nicht passieren.“

Auch politisch ist die junge Generation keineswegs desinteressiert. 70 Prozent der Befragten interessieren sich stark oder sehr stark für Politik, in Ostdeutschland sogar 84 Prozent. Drei Viertel sind mit der Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, zufrieden. Deutlich kritischer fällt der Blick auf die politische Praxis aus: Nur die Hälfte ist zufrieden damit, wie Demokratie tatsächlich funktioniert. Mehr als 90 Prozent stimmen ganz oder teilweise der Aussage zu, dass die Interessen der jungen Generation von der Politik zu wenig berücksichtigt werden.

„Junge Menschen stehen zum Grundgesetz und interessieren sich für Politik. Das ist eine gute Nachricht“, sagt König. „Umso ernster müssen wir nehmen, dass viele zugleich das Gefühl haben, politisch nicht ausreichend gesehen zu werden. Vertrauen entsteht nicht durch Appelle, sondern durch konkrete Entscheidungen: bei Bildung, bezahlbarem Wohnen, Altersvorsorge und den Chancen auf Eigentum.“

Über die Ergebnisse der Studie diskutierten gestern Abend beim „Wortwechsel“ vom Verband der Privaten Bausparkassen in Berlin mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wissenschaft. Auf dem Podium sprachen Dr. Daniel Dettling vom Institut für Zukunftspolitik, Lisa Paus MdB, Caroline Bosbach MdB und Katharina Schenk, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Familie des Freistaats Thüringen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Sara Sievert.

Die Studie „Generation Zuversicht – Wünsche und Zukunftserwartungen der jungen Generation“ steht ab heute auf der Webseite des Verbands der Privaten Bausparkassen zum Download bereit.

**Zur Studie:** [Generation Zuversicht web.pdf](#)

**Eine Key-Facts-Grafik mit zentralen Ergebnissen der Befragung steht hier zum Download bereit:**

[Generation Zuversicht 1920x1080](#)

#### **Über den Verband der Privaten Bausparkassen**

Der Verband der Privaten Bausparkassen e. V. mit Sitz in Berlin vertritt die Interessen der privaten Bausparkassen in Deutschland. Er setzt sich für stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für das Bausparen ein und bringt sich aktiv in die wohnungs- und finanzpolitische Diskussion ein. Ziel ist es, breite Bevölkerungsschichten beim Erwerb von Wohneigentum, bei der Modernisierung von Wohnraum und bei der langfristigen Finanzierung zu unterstützen.